

gemeiner und um so berechtigter, wenn wir uns nur in einem kurzen Ueberblick die Liste der namhaftesten Vertreter vor Augen führen, die durch die Schiffe der Lubanka allein in den letzten Monaten mörderisch ermordet worden sind oder sich ihnen durch die Flucht entzogen haben.

Der Kommandeur der Golezka ist erschossen worden. Dem Golezkasträger in Athen ist es noch im letzten Augenblick gelungen, der Entführung und Verschleppung zu entgehen. Auch ihm war zugebracht — die Parallele zu dem Fall Budenko ist offenbar —, ihn auf ein Kriegsschiff unter der Tarnung der Einladung zu einem „unverfänglichen“ Tee zu locken und nach Sowjetland zu entführen. Sollen wir daran erinnern, daß auch der Botschaftsrat in Paris sich dieser Entführung durch die Flucht entzogen hat? Der Botschafter Dawidow und der Botschafter Winogradow in Warschau sind verschwunden, und man wird beide zu denen rechnen dürfen, die den in Moskau üblichen Diplomatenstand gehalten haben, den Diplomatenstand, den wohl auch der Berliner Botschafter Tureniew erlitten hat.

Das ist die Liste aus den letzten Monaten. Sie enthält die Verfolgungswut in ihrer ganzen Furchtbarkeit. Die Frage, die sich angesichts dieser furchtbaren Vorgänge erhebt, haben wir schon oben aufgeworfen: Soll die Welt ein System des Blutes und der Gewalt politisch und diplomatisch für voll nehmen und anerkennen — ein System, das selbst in seinen im Ausland arbeitenden Trägern soviel an Verachtung findet, daß diese ihm den Rücken kehren? Und wie muß es in einem Volke aussehen, das sich, durch rohe Gewalt niedergebunden, gegen den Blutterror seiner Diktatoren nicht wehren kann!

Das Schrecken Stalins und alle die Fälle, die sich um den Fall Budenko herumgruppierten, müssen der Welt die Augen öffnen über das wahre Gesicht, die wahren Ziele und die wahren Absichten jener Moskauer Weltrevolutionzentrale, die Spanien in den Vorkriegsgebiet hat und das Blut Unschuldiger zu Überlaufenden vergießt und die demokratischen europäischen Staaten unterwürfig. Die Welt muß einschauen und erkennen, daß es für sie nur eine politische Aufgabe geben kann, sich gegen diese Weltgefahr zusammenzuschließen in einer geschlossenen und festen Solidarität der Völker. Alle müssen es erkennen, daß die Parole, die dieser Weltgefahr allein wirksam entgegengeleitet werden kann, in der Aufrüstung liegt, daß Europa erwacht und seine Kräfte gegen den Todfeind der Menschheit zusammenfaßt.

Betrübte Rohgerber.

E. R. Berlin, 16. Februar.

Schadenstroph hat ein Teil der Weltpresse sich gewisser Mißbilligungen, die in den Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich nach dem 11. Juli 1938 bestanden geblieben und — sagen wir es offen — zeitweise peinlich hervorgerufen sind, immer wieder bemächtigt, sie maßlos übertrieben und zum Anlaß genommen, um Hohn und Verleumdungen über die Bräutigam der deutschen Freundschaft und Kriegsgenossenschaft zu verpacken, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens war: „Nimmst du haben der Führer und der österreichische Bundeskanzler die Äugen mit einem Schloß geserrt und was übrig bleibt, ist die Blöße der Verleumder und die peinliche Enttarnung der Kreise, die durch sie in trügerische Hoffnungen gewiegt worden waren und sich nun, wie es in der französischen Presse heißt, „einem der größten Ereignisse der gegenwärtigen Weltgeschichte gegenübergestellt sehen, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen seien.“ Verplant ist der Traum von einer Ausbuchtung der Ähre „Berlin-Rom“. Von Wien aus zerronnen ist die Hoffnung, daß Österreich eine Wiederbeziehung mit Frankreich anstrebt.

Bitter heißen Pariser Blätter fest, daß Schulnigg es nicht einmal für nötig gehalten hat, die beiden westlichen Mächte vor keinem Besuch in Berchtesgaden zu konsultieren. Die „Epoque“ berichtet von einer Tragödie. Andere Blätter bemühen sich, den Vorgang auch möglichst zu nähern, sich jedenfalls ihm anzupassen. „Weshalb Streik mit Deutschland suchen, wenn vielmehr eine Entscheidung wünschenswert ist?“ fragt das radikal-sozialistische „Oeuvre“. Ein neuer Klau aus diesem Instrument erklint an unser Ohr, aber noch nicht in unser Herz. Wir werden es ihm gern aber öffnen, wenn wir sichere Anzeichen dafür haben, daß er ehrlich ist. Darauf warten wir, aber ohne Ungeduld. Auch darauf warten wir, wie England sich zu diesen Dingen stellen wird. Mit dem Gegenargument des „Daily Herald“ über den Nieder-

gang der kollektiven Sicherheit ist weniger gebüht, und wie uns so England am wenigsten, wenn es nicht reale Konsequenzen zieht. Wir nehmen zur Kenntnis, daß „Daily Express“ schreibt, früher oder später sei es unvermeidlich, daß Österreich sich mit Deutschland vereinigt.

Umbildung des österreichischen Kabinetts

Seyß-Inquart Innenminister und Dr. Schmidt Außenminister.

DNB Wien, 16. Februar.

Um 2,30 Uhr morgens wurde nach vielstündigen Beratungen folgende neue Ministerliste ausgegeben:

Bundeskanzler: Dr. Kurt Schuschnigg;
Vizekanzler: Feldmarschallsutnant a. D. Ludwig Hülgerth;
Innenminister: Dr. Guido Schmidt;
Finanzminister: Dr. Rudolf Neumayer;
Handelsminister: Ingenieur Julius Raab;
Sozialminister: Dr. Josef Retsch;
Bundesminister für Inneres und Sicherheitswesen: Dr. Arthur Seyß-Inquart;
Landwirtschaftsminister: Peter Mandorfer;
Unterrichtsminister: Dr. Hans Reiter;
Justizminister: Dr. Ludwig Adamovich;
Bundesminister ohne Portefeuille: Guido Zernatto, Dr. h. c. Glaife-Horkenau, Hans Rott;

Staatssekretäre für Landesverteidigung: General der Infanterie Wilhelm Zehner; für Sicherheitswesen: Dr. Michael Stuhl; für Arbeiter- und Angestelltenfragen: Adolf Wagerl und für die Angelegenheiten der Industrie: Oberstleutnant i. R. Ludwig Steffl-Dollva.

Dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird ein Staatssekretär für die Angelegenheiten der Forstwirtschaft beigegeben, dessen Ernennung bevorsteht.

Der Bundespräsident hat die Vereidigung der neuernannten Minister und Staatssekretäre bereits vorgenommen.

Die markantesten Veränderungen in dem neuen österreichischen Kabinetts sind die Berufung von Seyß-Inquart zum Minister für Inneres und des bisherigen Staatssekretärs Dr. Schmidt zum Außenminister. Seyß-Inquart wurde gleichzeitig auch das Sicherheitswesen unterstellt, das bis jetzt vom Innenministerium abgetrennt und unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellt war. Dabei wurde allerdings der Posten eines Staatssekretärs für Sicherheitswesen beibehalten und damit wiederum Stuhl betraut, der gleichzeitig Vizepräsident von Wien bleibt.

Bemerkenswert ist ferner die Berufung des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Raab zum Handelsminister und des bekannten Verlagsverwalters und Wiener Universitätsprofessors Adamovich zum Justizminister. Raab kommt aus der Christlich-Sozialen Partei, während Adamovich politisch nicht hervorgetreten ist. Er war im März 1934 zum Staatssekretär ernannt worden.

Für England besteht kein Grund, deshalb auch nur mit der Wimper zu zucken. Wir nehmen diese Bemerkung zur Kenntnis, da sie wie tiefen Eindruck die Begegnung in Berchtesgaden und die Maßnahmen in Wien gemacht haben; als mehr aber nicht.

Eine Ranganhebung erfahren der Generalsekretär der Vaterländischen Front Zernatto und der bisherige Staatssekretär für die Angestelltenfragen Rott.

Unter den Staatssekretären sind W. Wagerl und Oberstleutnant Steffl-Dollva neue Männer. Der erste ist Leiter des Arbeitsamtes für Metallarbeiter und kommt aus ehemaligen Kärntner. Oberstleutnant Steffl-Dollva ist Ingenieur in Salzburg und Vizepräsident der Bundesbahnen.

Ausgeschieden aus dem Kabinetts sind der Handelsminister Dr. Taucher und der Justizminister Dr. Pils.

Eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten des neuen Kabinetts ist Dr. Seyß-Inquart. Er wurde im Juli 1932 in der deutsch-mährischen Sprachinsel Zlatá, die heute zur Tschechoslowakei gehört, geboren. Schon in jungen Jahren kam er nach Wien, wo er studierte und das Doktorat der Rechtswissenschaften erwarb. Den Krieg machte er als Offizier der Kaiserjäger mit, wurde mehrmals verwundet und ausgezeichnet. Dr. Seyß-Inquart, der Rechtsanwalt in Wien ist, wandte sich nach dem Krieg der Politik zu, wobei er immer auf der germanistischen Linie stand. 1925 wurde er in den Vorstand des Österreichischen Deutschen Volksbundes gewählt und ist seit 1934 dessen Geschäftsführer. Im Juni 1937 wurde er zum Staatsrat bestellt und mit der besonderen Aufgabe betraut, die nationale Befriedung zu fördern.

Der neue Justizminister Prof. Dr. Ludwig Adamovich ist 1890 in Ugram geboren, war Frontoffizier und trat nach dem Krieg in das Bundeskanzleramt ein. 1927 wandte er sich der akademischen Laufbahn zu, und war zuerst Universitätsprofessor in Graz und später in Wien. An der Ausarbeitung der Verfassung vom Jahre 1934 hat er entscheidend mitgewirkt. Nach ihrem Inkrafttreten wurde er vom Bundespräsidenten in den Staatsrat berufen.

Handelsminister Ingenieur Rudolf Raab ist Bürgermeister in der niederösterreichischen Stadt St. Pölten. Ursprünglich gehörte er der Christlich-Sozialen Partei an, war dann Mitbegründer des Österreichischen Heimatschutzes und hat bis zur Auflösung des Parlamentes als Verbindungsmann zwischen den Christlich-Sozialen und der Heimwehr gewirkt. Als im Jahre 1934 das Gewerbe in einem eigenen Bund zusammengefaßt wurde, wurde er zu dessen Präsidenten bestellt.

Der Staatssekretär für Arbeiter- und Angestelltenfragen, Adolf Wagerl, gehörte bis zum Jahre 1934 der Sozialdemokratischen Partei an. Er war ursprünglich Metallarbeiter und ist seit vielen Jahren Leiter des Arbeitervereins der Metallarbeiter. Seit dem 12. Februar 1934 ist Wagerl politisch nicht mehr hervorgetreten. Er gilt als Fachmann auf dem Gebiet des Arbeitsrechts.

Bemerkenswert erscheint auch die Bestellung eines eigenen Staatssekretärs für Industrie, da es ein solches Amt bisher noch nicht gegeben hat. Oberstleutnant Steffl-Dollva, der damit betraut wurde, befindet sich in der österreichischen Wirtschaft zahlreiche einflussreiche Stellen und gehört zu den führenden Persönlichkeiten der Energiewirtschaft. Er ist Vizepräsident der österreichischen Bundesbahnen und hat sich als solcher insbesondere für den weiteren Ausbau der Elektrifizierung eingesetzt.

Amnestie in Österreich für alle politischen Delikte.

Die erste Maßnahme der neuen Regierung.

DNB Wien, 16. Februar.

Als erste der innerpolitischen Maßnahmen, die in der amtlichen Verlautbarung über die Unterbrechung von Berchtesgaden angekündigt wurden, hat die neu gebildete österreichische Regierung weitgehende Amnestie erlassen.

Sie umfaßt alle politischen Straftaten, die vor dem 15. Februar dieses Jahres begangen wurden, sofern die Täter sich im Inland befinden, und setzt alle politischen Häftlinge in Freiheit. Ferner werden die aus politischen Gründen angeordneten Entziehungen von Pensionen, Unterhaltungen usw. sowie die zahlreichen Maßregelungen von Schülern zurückgenommen.

Die amtliche Verlautbarung hat folgenden Wortlaut: Nach der Umbildung des Kabinetts fand nachts unter

dem Vorsitz des Bundeskanzlers ein Ministerrat statt. In Durchführung der gestern als Verlautbarung angekündigten Maßnahmen beschloß der Ministerrat, dem Bundespräsidenten eine Entschließung zu unterbreiten, der eine Amnestie für die geringfügigen politischen Delikte erlassen wird. Sie umfaßt alle politischen Straftaten, die vor dem 15. Februar d. J. begangen wurden, insofern der Täter im Inlande verbleibt. Sie bezieht sich sowohl auf die Höchststrafe von sechs Monaten Gefängnis als auch auf die Höchststrafe von sechs Monaten Gefängnis. Die Strafnachlass ist an die Bedingung des Wohlverhaltens bis zum 31. Dezember 1941 geknüpft. Die zuständigen Minister haben beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen auszuführen, um die wegen politischen Delikte verhängten Verhaftungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Pensionen, Renten und Unterhaltungen sowie auf dem Gebiet des Schulwesens außer Kraft zu setzen. Wiedereinstellungen in das aktive Dienstverhältnis kommen hierbei nicht in Frage.

Die Bundesregierung hat diese vom Volke der Persönlichkeit getragenen Maßnahmen getroffen, um allen bisher abgelehnten getauften Staatsbürgern den Weg zur Mitarbeit am Aufbau des Vaterlandes freizumachen und somit den inneren und äußeren Frieden des Landes zu sichern.

Der Bundespräsident hat den Staatssekretär Dr. Michael Stuhl zum Generalinspektoren der österreichischen Gendarmerie (Polizei und Gendarmerie) ernannt. Staatssekretär Dr. Stuhl war bekanntlich schon seit längerer Zeit Generalinspektoren der Bundespolizeibehörden.

2000 bis 3000 politische Häftlinge werden freigelassen.

DNB Wien, 16. Februar.

Wie verlautet, soll mit den Freilassungen der politischen Häftlinge im Zuge der bekanntgegebenen allgemeinen Amnestie bereits heute begonnen werden. Man schätzt die Zahl derer, denen die Tore der Freiheit somit wieder öffnen würden, im ganzen Bundesgebiet auf 2000 bis 3000. In den Wiener Gefängnissen dürften sich 200 bis 300 politische Häftlinge befinden.

Eine amtliche rumänische Erklärung.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

während seiner kurzen Amtszeit von der rumänischen Regierung erfahren habe.

Er erklärt weiter, daß er sich in Ungarn aufgehalten und von dort nach Italien flüchte, um der GSW zu entgehen, worer er sich in Rumänien nicht mehr sicher fühlte.

Dieser Brief ist von Micescu an seinen Nachfolger Tataru übergeben worden, der die Echtheit des Briefes nachprüfen ließ. Die Schriftführer haben ihn als einwandfrei echt anerkannt.

Neue Friedenstat.

Mit wahrhaft herzlicher Freude und tiefer Genugung begrüßen alle deutschösterreichischen Menschen die Ereignisse, die sich im Laufe der vorgestrigen Nacht und des gestrigen Tages in Österreich vollzogen haben. Diese Ereignisse erhalten ihre entscheidende Note durch die vollständige Kabinettsbildung und durch die umfassende Amnestie, die gegenüber den Nationalsozialisten erlassen worden ist. Alle Fragen, die Deutschland und Österreich betreffen und betreffen, sind in nicht Fragen nur rein äußerer politischer Art, die vom Standpunkt realer Politik betrachtet werden können, es sind Fragen zweier deutscher Stämme, in denen das Herz und die Seele mitschwingen und in denen immer die Bluts- und Schicksalsgemeinschaft der beiden Völker besteht. Es würde unnatürlich sein, wenn es anders wäre. Deshalb ist auch die Freude so groß und die Gemüthsregung so aufrichtig, die wir darüber empfinden, daß wir nunmehr nach vielen bitteren Zwischenfällen eine Entspannung erleben, die die Beziehungen beider Völker für eine neue freundschaftliche Zusammenarbeit geeignet macht und von der wir erhoffen dürfen, daß sie die Politik der Abmachungen vom 11. Juli 1938 vertieft und erweitert und daß nunmehr alle Zwiespaltigkeiten wirklich überwunden sind.

Das Geheimnis um die Oberlaberger Behauptung ist gelöst, und der Dank aller deutschen Menschen richtet sich wiederum an Adolf Hitler, der durch seine Geburt mit dem österreichischen Lande so unmittelbar verbunden, das deutsch-österreichische Problem stets mit brennender Seele verfolgt und empfunden hat. Seitens der Grenzen aber ist diese Befriedung die Befreiung von einem Druck für alle diejenigen, die treu und fest und unerschütterlich und gläubig am Nationalsozialismus festgehalten haben, allen schweren Schicksalen zum Trotz, die sie haben ausstehen und erdulden müssen. Selbst dann sind diese deutschen Brüder nicht schwandend und wankend geworden, als das Reich zu ihrem Schutz nichts unternehmen konnte. So schmerzvoll wie dies gewesen ist, so sicher war es, daß der Führer die Treue aller dieser niemals vergessen hat. Der Kurs der Verhängung, der mit dem 11. Juli 1938 begonnen und eingeleitet wurde, kann nur dann die erhofften Früchte tragen, wenn die Nationalsozialisten in Österreich nicht als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet und behandelt werden. Die Verlautbarung, die uns das erfreuliche Ergebnis der Entspannung zwischen dem Reich und Österreich mitteilt, enthält zu gleicher Zeit die Rechtfertigung dieses Standpunktes und bringt die Tatsache und auch die Erkenntnis zum Ausdruck, daß man nun dann mit dem deutschen Reich in Freundschaft verbunden sein kann, wenn es gänzlich ausgeschlossen und unmöglich ist, daß die Träger der Weltanschauung dieses Reiches verfolgt und unterdrückt werden.

Der österreichischen Regierung gebührt der Dank dafür, daß sie durch die Amnestierung den Willen und die Entschlossenheit an den Tag gelegt hat, den Menschen nationalsozialistischer Gesinnung die Freiheit zu geben und einzuräumen, die auch andere Gruppen in Österreich haben und genießen, und es ist ganz selbstverständlich, daß die dem Nationalsozialismus beschworenen Menschen sich in ihrer Haltung innerhalb des Rahmens der österreichischen Gesetzgebung und loyal verhalten werden. Aber die Verhältnisse, die am 15. Februar auf dem Oberlaberger gelagert wurden, sind nicht nur von einer großen und grundsätzlichen Bedeutung für das Verhältnis und das gute Einvernehmen beider Länder. Sie sind ein Markstein in der Geschichte der deutschen Frage überhaupt. Wenn uns in der englischen Presse, die es ernst nimmt mit den politischen Fragen, die Erkenntnis entgegentritt, daß es deutsche Stämme sind, die sich erneut die Hand zu freundschaftlicher Zusammenarbeit reichen, um diese zu vertiefen, dann ist das schon das Eingeständnis dafür, daß man endlich einsehen beginnt, daß die deutsch-österreichischen Fragen eine deutsche Angelegenheit sind, und wir empfinden es auch als eine Genugung, daß die italienische Presse diesen Gesichtspunkt mit Offenheit zum Ausdruck bringt.

Für Europa aber bedeutet der Ausgang der Oberlaberger Behauptungen und die in Österreich erfolgten Maßnahmen eine neue Tat des Friedens. Während eine ungeschickte, irre- und fehlerhafte Nation auch bürgerlich-demokratische Kreise Verwirrung in Europa zu stiften sucht und damit lediglich die Geschäfte Stalins, des Bolschewismus und der Weltrevolution fördert, richtet der Führer ein neues Werk des Friedens auf, eine neue Garantie für den friedlichen Ausgleich der Kräfte in Europa. An Hitler und mutiger und scharfer Arbeit, die immer nur das eine Ziel im Auge hat, ein neues Europa der Gerechtigkeit zu schaffen, erarbeitet der Führer die Erfolge, während sich andere Unbeherrschbare in Kriemhilderei und Spannungsspannungen überpurzeln und überfahren. Dem Führer und den österreichischen Staatsmännern, die seinem Streben entgegengekommen sind, gebührt der Dank der beiden deutschen Stämme.

E. B.

Landarbeit als Facharbeit.

Landarbeitslehre — Grundlehre für alle landwirtschaftlichen Berufe.

DNB Berlin, 16. Februar.

Mit dem Erlass der Grundbestimmungen für die Ausbildung in den Berufen der Landwirtschaft durch den Reichsbauernführer wurde eine Entwicklung abgeschlossen, die als Ziel die Anerkennung der Landarbeit als Facharbeit hat.

Es ist damit eine Forderung der Hitlerjugend — den schweren und verantwortungsvollen Berufen der Landwirtschaft endlich den ihnen gebührenden ehrenvollen Platz im Berufsleben zuverleihen — erfüllt worden.

Auf Grund der Ausbildungsbestimmungen für die landwirtschaftlichen Berufe ist nunmehr ein Lehrvertrag geschlossen worden, der einen wertvollen Beitrag zur Neuordnung des Berufslebens im nationalsozialistischen Sinne darstellt.

Im ersten Teil des Vertrages für Landarbeitslehre heißt es: „Die Landarbeitslehre ist ein Erziehungs- und Ausbildungsverhältnis auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Treue. Ihr Ziel ist ein beruflich tüchtiger, körperlich gesunder und geistig nationalsozialistisch lebender Nachwuchs.“

Die Landarbeitslehre ist für alle Berufe der Landwirtschaft der Ausgangspunkt. Auf der zweijährigen Landarbeitslehre bauen erst alle anderen allgemeinen und Spezialberufe auf. Nach dem Bestehen der Berufsprüfung und abgeschlossenen zweijährigen Landarbeits-Gehilfenschaft erlangt der Lehrling den Landarbeiterberuf und ist damit ein anerkannter Landarbeiter. Es wird sich zukünftig niemand Landarbeiter nennen können, der nicht den Landarbeiterbrief erhalten hat.

Für die Ausbildung in den Sonderberufen erfolgte nach der zweijährigen Landarbeitslehre der

Italienische Landarbeiter kommen nach Deutschland.

Einheitliche Uniformen vorgegeben.

DNB Rom, 16. Februar.

Zu der Entsendung italienischer Landarbeiter nach Deutschland veröffentlicht die römische Presse weitere Einzelheiten. So werden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in einheitliche Uniformen gefasst. Für die Männer sind dunkelblaue Hosen und fedrige Hüte vorgesehen, für die Frauen dunkelblaue Hosen und fedrige Hüte. Die Unterführer, die die Landarbeiter betreuen, werden am 4. März in Rom besondere Anweisungen erhalten. Die Ausreise wird zwischen dem 15. März bis 15. April vor sich gehen.

Die härteste Beteiligung von den insgesamt 23 Provinzen haben Modena, Reggio, Ferrara und ferner Bologna aufzuweisen. Ein großer Teil der Landarbeiter und -arbeiterinnen werden in Mitteldeutschland und vor allem in der Gegend von Magdeburg und Anhalt, die übrigen in Niederachsen (Braunschweig und Hannover), in Hessen sowie in Süddeutschland (Württemberg und Baden) und schließlich in einigen bayerischen Gebieten befristet werden.

Schnee
Eberne
Wippertal
Schirmher
Reich
Gauette
Schirmher
Stall
An
Pukm
Lehrer
Wirtf
M

„Frauen dienen, indem sie mütterlich-schwesterlich das Leben ihres Volkes hüten und pflegen.“

—r Münster, 16. Februar.

A black and white photograph of a woman in overalls holding a baby, with two other children standing in front of a dark building. A sign on the wall reads "SOCIETY" and "KINDERGARTEN".

Die NS-Schweizer Reden im Volke.
Sie ist die Schwelbe der Partei, die durch ihre mannigfaltigen Einkerkerungen und Organisations bis in die letzten Winkel ihrer Gemeinde reicht. Sie überläßt da, wo der politische Kämpfer des Führers in der Front steht, die Hilfstruppen dieses politischen Kampfes um die Seele des letzten Volksgenossen eingestellt sind, da hält die „Braune Schweizer“ Schritt, sie übernimmt die Aufgaben, in die eben nur von Frauenhand, die mütterlich-körperlicherlich die leiblichen und seelischen Nöte lindert und begleitet, mit Erfolg eingreifen kann. Sie dient dem Leben des Volkes, Und zwar da, wo es zu Irren und zu feimen beginnt. Sie kennt die ihre Zusammenarbeit mit den ausländischen Regierungen, die sie durchzuführen, die Gesundheitsführung des Volkes leiten, zu bewahren, die Familien, die wertvoll nicht nur für die Rasse, sondern auch für die Erhaltung des Volkes. Ihnen gilt ihre Sorge und Pflege. Sie blickt das Leben, sie schützt es vor Fränsnis, Verderben und Untergang. Vor Liebe erlt und nur im Notfall Fürsorge steht über ihrer Arbeit geschiehen als oberstes Gesetz alles Handelns. Dort, wo Leben aufsteht, das Stärke, Kraft und Bestand verpricht,

Wenn man so Mühen, Aufwand und Erfolge einander gegenüberstellt und abwägt, dann erst sieht man, wie tief gerade der Beruf und die Tätigkeit der H. S. Schwestern im nationalsozialistischen Gemeinschaftswesen verwurzelt sind. Man sieht aber auch das Maß der Notwendigkeiten und auf der anderen Seite den Mangel der Möglichkeiten. Die „Braunen Schwestern“ stehen wirklich in vorröster Front eines aufopferungsvollen Dienstes am Volk. Die Stunden des Tages reiden oft nicht aus, die Fülle der Arbeit zu bewältigen. Deshalb muß die Front verbreitert und verstärkt werden. Aus dem Hinterland, also aus der weiblichen Jugend, muß die Truppe herangeführt werden, die gekulst und von gleichem Einfluß und Disziplin beseht in die Reihen der Kormänn.

Daß diese jungen Menschen, die sich so vorbehaltlos dem Dienst am Leben am Volke verwiehen haben, mit tiefer Aufgeschlossenheit und hohem Verantwortungsgefühl selbst einmal Mittelpunkt, Kraft und Lebensquell einer eigenen Familie werden können, bedarf keiner Frage, denn Schwelsterdienst ist Mutterdienst an der großen Familie einer Gemeinde, am Volke.

-A-Gruppe Westfalen, SA-Obersturmbannführer Fred

ten der nationalsozialistischen Bewegung. Ein Bürger-

Arbeitskameraden diese Reise gewähren, damit in fröhlicher Gemeinschaft jung und alt diese herrliche Seefahrt

be, am 20. April Stadtlöbn, am 21. April
Ibten.

Nach längerer Pause findet vom 11.—13. Juni d. J. in der alten Jäger- und Garnisonstadt Budeburg die große Wiederschensfeier des Westfälischen Jäger-Bataillons Nr. 7 und seiner Kriegsformationen, Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 7, Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 20, Nachsch.-Komp. 50 und 77, Landsturm-Jäger-Kompagnie Marburgs und Jäger-Truppe Reichs.

instanz Oberbefehl
gerade der Wehrm
frauen bewiesen.
tischen Wehrmacht